

Werner Nellner:

Das Schicksal der „deutschen Minderheit“ in Niederschlesien unter polnischer Verwaltung*

Es ist in unserer politisch so außerordentlich schnellebigen Zeit, die den Blick immer auf das Heute lenkt und das, was gestern war, bereits aus dem Gesichtskreis der meisten Menschen entschwinden läßt, kaum noch bewußt, daß auch nach dem Abschluß der großen Vertreibungsaktionen noch viele hunderttausend Deutsche in der Heimat geblieben oder dort zurückgehalten worden sind. Ohne Zweifel hat die außerordentlich starke Zurückhaltung amtlicher deutscher Stellen hierzu beigetragen, die sich häufig darauf beschränkte, kurze Notizen über Aussiedlerzahlen bekanntzugeben. Die stärkste Gruppe in der Heimat verbliebener Deutscher ist in Schlesien und hier wieder in Oberschlesien ansässig, eine Gruppe von Volksangehörigen, die polnischerseits zum überwiegenden Teil als sog. Autochthone eingestuft werden: Es ist dies der Teil der einheimischen Bevölkerung der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete, der 1945/46, teilweise auch erst 1946/47 „verifiziert“ wurde, d. h. die polnische Staatsangehörigkeit annahm oder annehmen mußte, und von dem man hoffte, daß er damit auch für das polnische Volkstum gewonnen war. Von polnischer Seite wurde daher namentlich in den ersten Nachkriegsjahren betont, daß es sich bei diesen Menschen um polnische Volkszugehörige handle.

Daneben aber gab es die „anerkannten Deutschen“, jene Menschen, die nach polnischer Ansicht zunächst für eine Polonisierung nicht geeignet erschienen, die aber auch von sich aus im ganzen gesehen nicht beabsichtigten, ihr Deutschtum aufzugeben und die deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren. Wenn sie nicht ausgewiesen wurden, dann lag das zunächst daran, daß sie als Arbeitskräfte dringend gebraucht wurden. Nach Abschluß der großen Vertreibungsaktionen lebten Anfang 1949 innerhalb der deutschen Ostgebiete noch rund 70 000 „anerkannte Deutsche“ in der damaligen Wojewodschaft Breslau, etwa 40 000 in der Wojewodschaft Stettin. Ferner waren in der Wojewodschaft Breslau rund 40 000 Deutsche zu „Autochthonen“ erklärt worden.

Das Schicksal dieser Deutschen wurde durch eine ganze Reihe von Faktoren außerordentlich erschwert. Zu ihnen gehörten u. a.:

das bereits vor Kriegsende erklärte Ziel Polens, „für immer“ in diesen Gebieten zu bleiben, die nach der eifrig betriebenen Propaganda „uraltes“ polnisches Land seien;

die Nichtachtung der Potsdamer Beschlüsse bezüglich der vorläufigen polnischen Verwaltung bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze des polnischen Staates in einem Friedensvertrag und daraus folgend die widerrechtliche Eingliederung der ostwärts von Oder und Neiße gelegenen Teile der alten preußischen Provinzen;

das Ziel Polens, die „deutsche Bevölkerungskraft“ durch Ausweisung zu bre-

*) Zu der Veröffentlichung von Bernhard Grund, Das kulturelle Leben der Deutschen in Niederschlesien unter polnischer Verwaltung 1947—1958. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn und Berlin 1967. 148 S., 1 Kte., 1 Plan.

chen, nur die polonisierungsfähig erscheinenden ansässigen Bevölkerungsteile in ihren Heimatgebieten zu belassen und im übrigen sich der wirtschaftlich unentbehrlichen deutschen Arbeitskräfte zu versichern, ohne sie jedoch als vollberechtigte Minderheit anzuerkennen;

das Fehlen einer deutschen Regierungs- oder Verwaltungsinstanz, die für die Interessen der „anerkannten Deutschen“ hätte eintreten können.

Leider ist es erst heute möglich, einen Überblick über das Schicksal dieser „deutschen Minderheit“ in Niederschlesien zu erhalten. B. Grund hat mittels eines außerordentlich umfangreichen und sorgfältigen Quellenstudiums und einer eigenen Unterlagensammlung in prägnanten Zügen ein Bild vom Leben dieser ganz auf sich selbst gestellten ethnischen Gruppe in einer sich ihr immer mehr entfremdenden Heimat gezeichnet. Der Verfasser hat sich dabei bewußt darauf beschränkt, die Tatsachen zu rekonstruieren und nüchtern darzustellen. So ist es gelungen, die Fakten selbst sprechen zu lassen; die Sprache der zahlreichen Quellenzitate und Zahlen ist eindrucksvoller und erschütternder als jede zusätzliche Interpretation. Trotz der Bescheidung auf die Darstellung des kulturellen Lebens bietet die Arbeit doch auch interessante Einblicke in zum Teil erhebliche Diskrepanzen zwischen politischer Zielsetzung und praktischer Durchführung bestimmter Regierungs- oder Parteimaßnahmen, in die Haltung der polnischen Kirchen und in manche anderen Bereiche.

In einem einleitenden Abschnitt werden zunächst das Untersuchungsgebiet abgegrenzt, Definition und Zahl der in der Heimat verbliebenen Deutschen sowie ihre regionale Verbreitung untersucht. Hieraus und aus den späteren Ausführungen ergibt sich, daß neben dem größten von Deutschen bewohnten Gebiet im Waldenburger Bergbaurevier bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre eine ganze Reihe anderer Deutschumsinseln in Niederschlesien bestanden hat: Es ist die Grafschaft Glatz, das Gebiet zwischen Schweidnitz und Striegau, der westliche Teil des Hirschberger Kessels, der Raum zwischen Liegnitz und Bunzlau sowie die Umgebung von Lauban; auch Breslau hatte noch eine nennenswerte deutsche Minderheit. Es sind also vorzugsweise alte Wohngebiete mit einer qualifizierten Berg- und Industriearbeiterschaft oder aber Standorte größerer landwirtschaftlicher Betriebe. Diese Erkenntnis ist für das Verstehen insbesondere der kulturellen Situation der Deutschen von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist allerdings nicht ganz verständlich, warum in diesem Zusammenhang als weiteres wichtiges deutsches Siedlungsgebiet nur „das oberschlesische Industriegebiet um Beuthen, Hindenburg und Gleiwitz“ ausgewiesen wird, obgleich doch noch zu Beginn der sechziger Jahre und bis in diese Tage fast der gesamte Raum des Regierungsbezirks Oppeln in Stadt und Land eine ganz beachtliche Zahl „autochthoner“ Deutscher aufweist.

Als zeitliche Zäsuren für die Untersuchung werden vom Verfasser das Ende der großen Vertreibungsaktionen (1947), der Beginn der starken Ausreisewilligkeit der in der Heimat noch verbliebenen Deutschen (1950) und der Abschluß der mit Hilfe des Roten Kreuzes durchgeführten Familienzusammenführung (1958) gesetzt.

Es werden sodann in einem zweiten Abschnitt die besonders schwierigen Jahre von 1947 bis 1950 behandelt, eine Periode, in der die zurückgebliebenen

Deutschen vielfach noch die Hoffnung hegten, die von den Vorfahren ererbte Heimat würde ihnen erhalten bleiben, und über kurz oder lang würden die Gebiete wieder in deutsche Verwaltung zurückgegeben werden. Die ergebnislosen Deutschlandverhandlungen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Pankow und die endgültige administrative Eingliederung ihrer Heimat in den polnischen Staatsverband riefen jedoch bald schwere Enttäuschung hervor. Sie war um so größer, als ihnen der niedrigere polnische Lebensstandard, das Fehlen jeglichen kulturellen Lebens, insbesondere des Schulunterrichts für die Kinder, und einer ausreichenden seelsorgerischen Betreuung durch die Kirchen immer mehr bewußt wurden. Die deutsche katholische Diözesanverwaltung war gezwungen worden, sich schon bis September 1945 aufzulösen, die Geistlichen wurden bis auf einige wenige ausgewiesen. Relativ noch schlechter war die Lage der evangelischen Kirche: Dem unmittelbar nach der polnischen Verwaltungsübernahme begonnenen Wiederaufbau war nur ein kurzer Erfolg beschieden, denn bis Ende 1949 waren alle Pfarrer bis auf zwei ausgewiesen, die Benutzung der Kirchen sehr erschwert; die Gemeinden lebten „in doppelter — nationaler und glaubensmäßig-kirchlicher — Diaspora“.

Das Schwergewicht der Arbeit liegt in der Behandlung des Zeitraumes von 1950 bis 1958. Dieser ist vor allem gekennzeichnet durch das Wachsen der Ausreisewilligkeit der Deutschen und durch das steigende Interesse der polnischen Partei- und Regierungsstellen an der Frage der Deutschen in Polen. Obgleich man vor dem eigenen Volk und vor der Weltöffentlichkeit die These vertreten hatte, „kein Deutscher mehr auf polnischem Boden“, war doch der Bedarf an diesen zuverlässigen und qualifizierten Arbeitskräften sehr groß. Hier zeigte sich, daß eine strukturell völlig anders zusammengesetzte Bevölkerung als die deutsche Stammbevölkerung eingeströmt war, die zunächst überhaupt nicht in der Lage war, die Gegebenheiten des Raumes und dessen große Tragfähigkeit voll zu nutzen.

Der Verkündung des Schlagwortes von der Gleichberechtigung der Deutschen mit den Polen folgte zunächst die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft. Da man aber bei ihrer zwangsweisen Verleihung nur den Ausreisewillen der Deutschen verstärkt hätte, blieb die ganze Frage weiter in der Schwebel. Man ermöglichte aber — entgegen den rechtlichen Gegebenheiten — die Beteiligung der Deutschen an Kommunal- und Sejmwahlen. Diese Maßnahme ist wohl nur aus der Absicht zu erklären, die deutsche Minderheit letzten Endes doch noch für das Polentum zu gewinnen.

Diese Absicht wird noch deutlicher, wenn man die seit 1950 gewährten Zugeständnisse auf kulturellem und sozialem Gebiet analysiert, die im allgemeinen ebenfalls unter Umgehung gesetzlicher Entscheidungen gemacht worden sind. Es ist G. voll zuzustimmen, daß es „allein den Deutschen zu verdanken“ ist, wenn „diese als Vorleistungen gedachten kulturellen Einrichtungen im Endeffekt nicht zur beabsichtigten Polonisierung, sondern zur Stärkung des Deutschtums führten“.

Die zahlreichen Diskriminierungen im täglichen Leben, die bei den Deutschen das Gefühl verstärkten, nur als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden, führten Mitte der fünfziger Jahre zu einem Höhepunkt der Ausreisewilligkeit,

der durch die Wiederaufnahme der Familienzusammenführungsaktion schließlich Rechnung getragen wurde. Diesen Bestrebungen kam auch die 1956 einsetzende kurze polnische „Tauwetterperiode“ entgegen. In diese Zeit fielen die Gründungen sozial-kultureller Gesellschaften für verschiedene ethnische Minderheiten. Die „Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft“ kam jedoch zu spät, da sie bei der allgemeinen Stimmung der Deutschen in erster Linie als Institution zur Unterstützung der Ausreise angesehen wurde. — Es ist von großem Wert, daß hier wie an anderen Stellen eine kurze Darstellung der ganz anders gearbeteten Verhältnisse in Oberschlesien eingefügt wird.

Eingehend werden sodann vom Verfasser die einzelnen Bereiche des kulturellen Lebens der Deutschen in Niederschlesien behandelt, wobei dem deutschsprachigen Schulwesen mit Recht ein breiter Raum eingeräumt wird. Die ersten Grundschulen wurden im Spätherbst 1950 im Waldenburger Gebiet errichtet. Die Planungen sahen „polnische Schulen mit deutscher Unterrichtssprache“ vor, in die „nur die Kinder von Eltern zugelassen“ werden sollten, „die noch im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit“ waren. Die spontane Bereitschaft vieler jüngerer Deutscher, sich als Lehramtskandidaten zur Verfügung zu stellen, durchkreuzte die ursprüngliche Absicht der polnischen Behörden, polnische Lehrer mit deutschen Sprachkenntnissen an diesen Schulen unterrichten zu lassen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die polnischen Behörden „von Anfang an die polnische Sprache als zweite Muttersprache“ betrachteten, und die Absicht, den deutschen Schülern die Geschichte des eigenen Volkes vorzuenthalten. — Die deutsche Lehrerschaft übernahm in aufopferungsvoller Tätigkeit auch viele andere leitende Aufgaben im kulturellen, sozialen und politischen Leben der deutschen Restbevölkerung.

Für die Heranbildung des Lehrernachwuchses für die deutschsprachigen Grundschulen wurde erstmals 1952/53 dem polnischen Pädagogischen Lyzeum in Schweidnitz eine deutschsprachige Lyzealklasse angegliedert. 1953/54 wurde dann auch in Waldenburg eine deutschsprachige allgemeinbildende Lyzealklasse eingerichtet. — Am stärksten förderte der polnische Staat die deutschsprachige „Bergmännische Grundschule“ in Waldenburg und die „Bergbau-Industrie-Schule“ in Gottesberg, weil man eben an der Heranbildung qualifizierter Facharbeiter besonders interessiert war.

Sehr lebhaft waren auch die Bemühungen um die Erwachsenenbildung, für die „Abendgrundschulen für Werktätige“ in verschiedenen Zentren des Deutschtums sowie „Abendlyzealklassen für Werktätige“ in Breslau und Waldenburg errichtet wurden. — Aber durch den ständigen Rückgang der Zahl der „anerkannten Deutschen“ stellten einige dieser Einrichtungen bereits 1956/57, andere 1958 den Lehrbetrieb ein. In den wenigen Jahren ihres Bestehens war trotz aller Schwierigkeiten wertvolle Arbeit geleistet worden, der auch von polnischer Seite Anerkennung nicht vorenthalten werden konnte.

Interessante Aspekte vermittelt das Kapitel über die „Arbeiterstimme“, die von 1951 bis 1958 als polnisch-kommunistische, aber deutschsprachige Zeitung erschien. Obgleich sie als Instrument zur politisch-ideologischen Beeinflussung der verbliebenen Deutschen gedacht war, kam ihr doch eine große Bedeutung hinsichtlich der deutschen Sprachpflege und für die Information der deutschen

Bevölkerung zu. Es ist dem Verfasser besonders zu danken, daß er in einem besonderen Abschnitt auch die Bedeutung dieser Zeitung als „Geschichtsquelle“ untersucht und ihren Quellenwert kritisch durchleuchtet.

Weitere Abschnitte befassen sich eingehend mit dem deutschen Gesangs- und Tanzensemble „Freundschaft“, mit den Laienspielgruppen, die trotz großer materieller Schwierigkeiten in aufopferungsvoller Tätigkeit mit den Aufführungen starken Anklang bei ihren Landsleuten erzielten, mit den Büchereien, Filmvorführungen und mit der Vortragstätigkeit in deutscher Sprache. Ferner wird die bereits erwähnte „Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft“ behandelt, die deutscherseits schon 1951 angestrebt, jedoch bis 1956 von der polnischen Regierung immer wieder abgelehnt worden war. Als sie dann im Herbst 1956 doch gegründet wurde, wurde sie nur für das Gebiet der Wojewodschaft Breslau zugelassen; ihr Sitz war Waldenburg. Es ist wiederum bezeichnend, daß die Wojewodschaft Oppeln ausgeklammert wurde; die hier lebenden Deutschen galten eben als Polen.

Ein Zitat aus der „Arbeiterstimme“ scheint dem Rezensenten erwähnenswert. Bei der Darstellung der Mitglieder der Gesellschaft wird zitiert:

„Gegen diejenigen aber, die nur der Aussiedlung halber Deutsche sind, sowie auch gegen etwaige Repatrianten aus Westfalen usw., die schon wieder einmal das Reisefieber packt, werden wir von unserem Einspruchsrecht in bezug auf Aussiedlung vollen Gebrauch machen.“ Diese Aussage muß doch als Bekenntnis gewertet werden, daß auch die aus dem rheinisch-westfälischen Industrieviertel, aus dem sächsischen Industriegebiet sowie aus den französischen und belgischen Bergbaurevieren auf Grund von Versprechungen zurückgewanderten Polen ihre neuen Wohngebiete nicht als Heimat empfunden haben und an die früheren Arbeitsplätze zurückstrebten.

Schließlich behandelt G. auch das kirchliche Leben in den deutschen katholischen und evangelischen Restgemeinden. Die wenigen deutschen Geistlichen, deren seelsorgerische Tätigkeit nicht selten zusätzlichen Erschwernissen ausgesetzt war, leisteten nahezu Unmenschliches. Am Ende dieser Periode war es wieder wie am Anfang allein die Kirche, die die wenigen verbliebenen Deutschen versammelte; andere deutsche Veranstaltungen gab es kaum noch.

Der Bericht macht augenfällig, welche Kräfte in dieser großen Notzeit frei wurden, die es den zurückgebliebenen Deutschen ermöglichten, an ihrem Volkstum festzuhalten, sich zu behaupten und darüber hinaus Arbeitsleistungen zu vollbringen, die die Achtung der polnischen Bevölkerung hervorriefen. Der Arbeit kommt in ihrer sauberen, nüchternen systematischen Darstellung wie nur wenigen ein besonderer Dokumentationswert zu. Möchte sie in die Hand aller derjenigen gelangen, die sich mit den Fragen der deutschen Ostgebiete befassen, da sie so manche der vorhandenen Wissenslücken über das Schicksal der in der Heimat zurückgebliebenen Deutschen zu schließen vermag.